



**Schlechte Politik  
kann man ändern,  
schlechtes Wetter  
nicht**

**Hände weg  
vom Schlechtwettergeld!**

**Industriegewerkschaft  
Bau-Steine-Erden**



# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für  
die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Holger Börner  
Günter Grass  
Klaus Harpprecht  
Johannes Rau  
Carola Stern  
Hans-Jochen Vogel

Redaktion  
Peter Glotz  
(Chefredakteur)  
Ulrike Ackermann  
Norbert Seitz  
(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit  
Klaus Bloemer  
Tilman Fichter  
Hans-Joachim Schabedoth  
Johano Strasser

Redaktionsbeirat  
Frank Benseler  
Jürgen Burckhardt  
Gottfried Erb  
Iring Fetscher  
Horst von Gizycki  
Martin Greiffenhagen  
Norbert Greinacher  
Reinhard Höppner  
Reimut Jochimsen  
Tomas Kosta  
Ferdinand W. Menne  
Thomas Meyer  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen  
Richard Schröder  
Wolfgang Thierse

**10** 1993  
40. Jahrgang

plus 29 weitere, die durch ein amerikanisches Veto gestoppt worden sind. Wie sagte Felicia Langer auf der »Folterkonferenz«: »Wenn ein Staat solche Immunität genießt, verliert er alle Hemmungen.«

### Illegale Siedlungen

Vom Standpunkt des Völkerrechts sind alle israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten illegal und müssen bei einer friedlichen Regelung geräumt werden. Nach Artikel 49/6 VGK ist es einer Besatzungsmacht nicht gestattet, »Teile ihrer eigenen zivilen Bevölkerung in das Gebiet, das sie besetzt hält, zu transferieren«. Auch darf das Eigentum nach Artikel 33 VGK und 46 HLKO nicht zerstört oder enteignet werden, was aber immer wieder in Form von Sprengungen von Häusern geschieht. So wurden in den Monaten Mai bis Juli allein drei Häuser der Großfamilie von Ibrahim Ahmad Hassan Mash'al im Dorf Suwakra vom Militär gesprengt, das letzte am 26. Juli 1993. Da die Familie diese Häuser ohne Baugenehmigung errichtet hatte – sie hatte sich seit 1988 vergeblich um eine bemüht –, scheint die Besatzungsmacht formal im Recht zu sein. Nach Artikel 119 der Notstandsverordnungen aus der britischen Mandatszeit ist das Zerstören von Häusern gestattet. Auch dieses »Recht« findet selektiv – wenn es zum Nutzen Israels ist – immer noch Anwendung. Im Gegensatz zu den Palästinensern erhalten israelische Siedler Genehmigungen für die Errichtung ihrer Siedlungen.

Hatte man bis 1979 das Land für »militärische Zwecke« enteignet und das Land an Siedler übertragen, so bedient man sich heute der juristischen Formel vom »Staatsland«. Gemäß Militärerlaß Nr. 59 definiert Israel das Land, das am 6. Juni 1967 dem feindlichen Staat gehörte, als eigenen Staatsbesitz. Ergänzend legitimiert Militärerlaß Nr. 364 die Erklärung der Behörden, daß dieses Land bis zum Beweis des Gegenteils Staatsland bleibe. Nach Artikel 55 HLKO darf eine Besatzungsmacht Staatseigentum nur nach den Regeln des Nieß-

brauchs nutzen und verwalten. Artikel 50 HLKO verbietet die Verhängung von Kollektivstrafen. Diese werden aber ständig in Form von Ausgangssperren – oder wie seit dem 30. März 1993 in Form der totalen Abriegelung der besetzten Gebiete geschehen – verhängt.

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten beklagen sich in Gesprächen über die vielfältigen Diskriminierungen durch die israelische Besatzungsmacht. Eine besondere Art der Benachteiligung erfahren die palästinensischen Arbeiter, die in Israel beschäftigt sind. Sie zahlen für Sozialleistungen, die nicht wieder an sie zurückfließen. Die Ungleichbehandlung geht auf eine Entscheidung vom 8. Oktober 1970 zurück, nach der israelische und palästinensische Arbeiter die gleichen Sozialabgaben zu entrichten hätten. Die Gründe für diese Entscheidung waren erstens, daß die Lohnskala durch den Import billiger Arbeitskräfte nicht zu stark beeinträchtigt werden sollte, und zweitens, daß die Anstellung der Arbeiter aus den besetzten Gebieten nur temporär sein sollte, weil man zu dieser Zeit den Status der Gebiete von Regierungsseite auch noch als vorübergehend angesehen hatte.

Obleich die palästinensischen Arbeiter den vollen Sozialversicherungsanteil bezahlen, erhalten sie nur einen geringen Teil in Form von Sozialleistungen wieder zurück. So steht ihnen im Falle eines Arbeitsunfalles oder der Schließung des Betriebes eine Kompensation zu. Sie erhalten jedoch kein Arbeitslosengeld, keine Rente, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Invalidenrente, Lohnfortzahlung bei Schwangerschaft wie ihre israelischen Kollegen. In den letzten 23 Jahren wurden den palästinensischen Arbeitern 13,7 Prozent für Sozialversicherung abgezogen. Nur 2,7 Prozent wurden aber tatsächlich in die Sozialversicherung übertragen. Der Rest floß in den Säckel des Finanzministers, obwohl auf dem Lohnstreifen auch dieser Betrag für die Sozialversicherung ausgewiesen war.

Die Beträge, die in den Säckel des Finanzministers geflossen sind, wurden niemals veröffentlicht. Die israelische

Menschenrechtsorganisation *Kav La'oved* (Workers Hotline), die sich besonders der Rechte der palästinensischen Arbeiter annimmt, nennt diesen Vorgang einen »Massenbetrug«. Die Begründung vonseiten des National Insurance Institutes (NII) lautete, daß »die Nutznießer nicht ausfindig gemacht werden konnten«. Workers Hotline hält diese Begründung für einen »hollow excuse for a government which monitors the movement of all Palestinians with the thoroughness of a tine tooth comb«. Auf diesem Wege werden enorme Summen akkumuliert. Von den einbehaltenen Gesamtbeiträgen zur Sozialversicherung wurden 1991 rund 86 Mio. Shekel vom NII zum Finanzministerium transferiert. Die tatsächliche Summe, die zum NII überwiesen wurde, belief sich auf 6,6 Mio. Shekel. Im Jahre 1992 beliefen sich die Beiträge für erstere auf 104,5 Mio. Shekel an das Finanzministerium und 7,8 Mio. Shekel für die NII. »Diese Ungleichheit hat ihre Ursache in einer Regierungspolitik, die die Besoldungsstelle anweist, eine unkorrekte Buchführung zu unterhalten«, so Workers Hotline in ihrem Rundbrief vom März 1993.

Man sollte meinen, daß eine solche Ungleichbehandlung ein klassisches Betätigungsfeld für eine Gewerkschaftsorganisation sein würde. Doch der offizielle israelische Gewerkschaftsverband HISTADRUT sieht hier keinen Handlungsbedarf. Palästinensern ist es nicht gestattet, dort Mitglied zu werden. Dies hindert den Staat aber nicht, 0,8 Prozent des Lohnes von Palästinensern an die HISTADRUT abzuführen, für »professional organization care«, wie es in dem Beschluß vom Oktober 1970 heißt. Die HISTADRUT setzt sich weder für eine Lohnfortzahlung für Palästinenser bei Arbeitslosigkeit noch für die Anwendung des Sozial- und Arbeitsrechts für palästinensische Arbeiter, die in den Siedlungen beschäftigt sind, ein. Diese Untätigkeit setzt die Arbeiter einer noch größeren Ausbeutung aus, als sie sowieso schon ausgesetzt sind. Selbst in HISTADRUT-eigenen Coop-Gesellschaften ist es der Gewerkschaft gelungen, einigen ihrer Arbeiter

nur die Hälfte des geschriebenen Mindestlohnes

Daß dieser »Massenbetrug« Staats wegen auch von israelischen Siedlungen nicht mehr schweigend hingenommen wird, zeigt die Eingabe der *Flower Growers Union* vom 31. Juli 1991 an das Oberste Gericht Israels gegen das Labor Bureau. Der Verband argumentierte, daß er nicht mehr länger bereit sei, Sozialabgaben für die Arbeiter aus den besetzten Gebieten an die NII zu zahlen, da diese Zahlungen zum größten Teil dem Finanzministerium zugute kämen; dies stelle eine zusätzliche »illegal Steuer« dar, weil das Geld nicht der NII zuflüsse. Der Verband bat das Gericht ihn von dem Teil der Zahlungen, der an das Finanzministerium fließt, zu entbinden. Das daraufhin eingesetzte ministerielle Komitee erarbeitete ein Gesetz, das einen neuen Namen bekam, aber alle beim alten beließ.

AMIR ESHEL

Emil Habibi

An der Preisverleihung des israelischen Staatspreises für Literatur 1992 saß ich ganz geduckt«, erzählt Emil Habibi, an den als erstem palästinensischen Autor die höchste israelische Staatsauszeichnung gehen sollte. »Ich fühlte an diesem Staatsempfang die ganze Tragödie meines Volkes als Last auf meinen Schultern.« Was mich an dem meisten beschäftigte war, fügt der Autor, der zwei Jahre zuvor den PLO-Literaturpreis entgegennahm, hinzu, »ob ich Schamir die Hand geben sollte oder nicht. Aber dann bekam ich Hilfe von der radikalsten Rechtspartei in Israel. Viele ihrer Mitglieder begannen mit Buhrufen Einer von Ihnen, der bereits einen Preis erhalten hatte, schrie, er gebe diesen erhaltenen Preis zurück, wenn dem Feind des israelischen Volkes ein Preis verlie-

hen werde. Als ich das hörte«, fährt er fort, »konnte ich meinen Kopf erheben. Die Leute im Saal begannen auf das Geschrei zu reagieren. Mehr als viertausend Eingeladene waren dort, darunter viele Araber, und die große Mehrheit wehrte sich gegen diese Rechtsradikalen, ja, man warf sie aus dem Saal. Alle waren mit mir. Und der, der sich nun unbehaglich fühlte, war nicht mehr ich, sondern Schamir. Einen Moment lang«, erzählt er, »fürchtete ich, daß er nun mir die Hand nicht mehr schütteln würde.«

Man müßte über Emil Habibi, sehr wahrscheinlich gegen seinen Willen, als Symbolfigur des bitteren Konfliktes zwischen Palästinensern und Juden sprechen. Zur Symbolfigur wurde er auch wegen seiner Entscheidung, den israelischen Staatspreis anzunehmen. Dieser feinfühligste Autor, der seit mehr als zwanzig Jahren als einer der bedeutendsten arabischen Autoren unserer Zeit gilt, mußte sich gegen die Angriffe arabischer und palästinensischer Kollegen – er sei ein Verräter – entscheiden, um, so rechtfertigt er seine Entscheidung, die Strömung in Israel zu unterstützen, die für eine gerechte politische Lösung des Konfliktes eintritt. Er wußte nämlich, daß drei der fünf Professoren des Preiskomitees Aktivisten der israelischen Friedensbewegung sind. Emil Habibi, der, wie er es ausdrückt, sein Leben lang »zwei Melonen in einer Hand« zu halten versuchte – die der Literatur und die der politischen Arbeit – wählte somit die salomonische Lösung.

Der 1921 in Schafa Amr bei Nazareth, damals Palästina, geborene Lehrer- und Ingenieursohn, ließ sich zuerst als Raffinerie-Ingenieur ausbilden, wählte dann aber bald den publizistischen Weg. Seine erste Station war der mandatorisch-palästinensische Rundfunk in Jerusalem. Emil Habibi gehört in dieser Zeit, also die vor der Entstehung des Staates Israel, zu den Gründern der palästinensischen und später der israelischen Kommunistischen Partei. Von nun an widmet sich Emil Habibi der Aktivität im Rahmen seiner Partei, die jahrzehntelang maßgebend das politische Bewußtsein der in Israel nach

1948 gebliebenen Palästinenser prägte. Viele Jahre war er Herausgeber des Parteiorgans »Al-Ittihad (Die Union)«, zu deren Gründer 1944 er ebenso zählt. Fast zwanzig Jahre lang, zwischen 1952 und 1972, vertritt er seine Partei als Knessetabgeordneter.

Auch während der Zeit jener intensiven politischen Arbeit, schreibt Emil Habibi Prosa. Neben dem Werk palästinensischer Dichter, wie Samich al-Kassim, Mahmud Darwish und Taufik Sajjad, stehen seine Kurzgeschichten im Mittelpunkt des literarischen Interesses der Palästinenser in Israel. Dennoch ist es vielleicht bezeichnend, daß er erst 1974, also nach seinem Rücktritt vom Knesset, mit seinem Buch »Der Peptimist« höchste literarische Anerkennung finden konnte. Das Kunstwort »Peptimist« versucht, das von Habibi erfundene arabische Wort »Mutasa'il« – ebenfalls die Zusammensetzung von »Pessimist« und »Optimist« – wiederzugeben. Said, der Held oder eher Antiheld dieser pittoresken Geschichte stellt in der komplexen Beschreibung seiner Figur mehr als eine bloße Fabelkreatur dar. Said muß ja, in der Realität einer unterdrückten Minderheit, wie die der in Israel lebenden Palästinenser, beide Perspektiven – die des sarkastischen Pessimisten, sowohl als auch die Perspektive eines nüchternen Optimisten, ständig bewahren.

Als Kleinspitzel der israelischen Sicherheitskräfte verkörpert Said, der auch der »Glücklose« genannt wird, viele der menschlich nur denkbaren Schwächen. Dennoch wird er in seinem Verhalten nicht pauschal verurteilt. »Bei meiner literarischen Arbeit fand ich heraus«, erzählt Emil Habibi in einem Interview der schweizerischen Wochenzeitung (14. 5. 93), »daß das beste Maß für Humanismus die menschliche Schwäche ist: Schwäche zeigen und nicht verstecken – sie dabei aber nicht ausstellen, sondern respektieren«. Und Said, wie auch die anderen Figuren in dem Werk Habibis, zeugen von menschlichem Respekt.

Die Fähigkeit Suids die eigene »Geschichte der Schwächen« so zu erzählen, daß bei den Lesern kein Eindruck entste-

hen könnte, es handele sich um eine eindimensionale Interpretation der Ereignisse, ist wohl Spiegelbild der eigenen Einstellung Emil Habibis zur Vielschichtigkeit der Realität. So besaß Habibi schon 1947 die bei den Palästinensern zu jener Zeit kaum vorhandene Weitsichtigkeit, dem von der UNO vorgeschlagenen Teilungsplan Palästinas zuzustimmen. Dieses Realitätsverständnis bestimmt auch weitgehend seinen literarischen Stil, der von Ironie und klugem Witz gefärbt ist. Einem Emil Habibi ist es somit auch erlaubt, sich über das bis hinauf zu Yassir Arafat rituell gemachte V-Zeichen zu mokieren: »Als würden wir Palästinenser von Sieg zu Sieg eilen. . .«

Wie Said, der »Peptimist«, so ist auch Abdalkarim Abul-Abbas, der Protagonist in »Das Tal der Dschinen«, Palästinenser. Man kann in der Beschreibung dieser fiktiven Figuren aber darüber hinaus, den der Moderne so charakteristischen »Kampf gegen die Zeit« wiederentdecken. Dieser Kampf resultiert in der Prosa Habibis aus dem existentiellen Chaos, den seine Akteure auch in ihrer politischen Unterdrückung innewohnen. So ist in »Das Tal der Dschinen« die meisterhaft gezeichnete Kernsituation, die eines gigantischen Verkehrsinfarktes in Haifa. In der Stadt also, die seit hundertfünfzig Jahren von Arabern und Israelis gleichzeitig bewohnt wird. Haifa ist auch der Wohnort Emil Habibis; da wo das mögliche friedliche Zusammenleben zwischen Arabern und Juden seit 1948 nie ernsthaft in Gefahr geraten würde. Neben dem phantastischen, dem Verlauf dieser verzwickten politischen Fabel über das Verhältnis der 1947/48 aus Palästina geflüchteten oder vertriebenen Palästinenser zu denen, die da geblieben sind, beweist Emil Habibi in diesem Buch seine wahre Erzählkunst. Die Kunst nämlich, eine authentische »Geschichte« aufzuzeichnen über die unmögliche Liebe eines Spätückkehrenden zu seinem Land und zu einer Frau, die ihn ihr Leben lang, trotz seiner Abwesenheit, liebte.

Die späte, selbstkritische Nachsicht des zurückkehrenden Abdalkarim Abul-Abbas darf auch als ein Hinweis für die



Emil Habibi

Foto: Hal Wyner

1989 eigene politische und persönliche Wende im Leben Emil Habibis gelten. Als Gorbatschow für die Aufhebung der Kluft zwischen Politik und Ethik sprach, »da wurde es mir klar«, erzählt Habibi, »daß ich selber und unsere Bewegung uns durch machiavellistische Haltung weit von unseren Idealen entfernt hatten. . .« 1989 muß er dann, nachdem es zu einer scharfen Auseinandersetzung kommt, von all seinen politischen Posten zurücktreten. 1991, als seine Genossen in der Parteiführung den Moskauer Putschisten zujubelten, zog er sich von der Partei endgültig zurück. Seine tiefverwurzelte humanistische Überzeugung stellte für ihn dann auch alte Ideologien und Bündnisse in Frage. Seit 1991 konzentriert er sich auf das literarische Schreiben und führt seinen eigenen Verlag in Haifa. Politisch blieb er nach wie vor, im Rahmen eines israelisch-palästinensischen Friedenskomitees von Autoren und Intellektuellen, die ständig für eine Kompromißlösung des Nahostkonfliktes eintritt, aktiv.

In deutscher Sprache liegen die oben genannten Bücher Emil Habibis – »Der Peptimist« und »Das Tal der Dschinnen« – in Übersetzung und mit einem informativen Nachwort versehen, vor.